

Niederschrift

**über die 20. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses am
Mittwoch, 07.02.2024 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40
in 40721 Hilden)**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Dr. Claus Pommer

Ratsmitglieder

Herr Peter Groß	CDU	
Frau Claudia Schlottmann	CDU	
Herr Kevin Peter Schneider	CDU	
Herr Michael Wegmann	CDU	
Herr Tristan Zeitter	CDU	Vertretung für Herrn Frenzel
Herr Reinhard Zenker	CDU	
Frau Dagmar Hebestreit	SPD	Vertretung für Herrn Buchner
Frau Henrike Lindenberg	SPD	Vertretung für Herrn Brehmer
Herr Dominik Stöter	SPD	
Frau Anne Kathrin Stroth	SPD	
Frau Marianne Münnich	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Anna Meike Reimann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Hartmut Toska	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Uwe Gramminger	FDP	Vertretung für Herrn Joseph
Herr Marlon Buchholz	AfD	Vertretung für Herrn Prof. Dr. Bommermann
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION	
Herr Ernst Kalversberg	Allianz für Hilden	

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Frau Beigeordnete Mona Wolke-Ertel	Stadt Hilden
Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger	Stadt Hilden
Herr Roland Becker	Amtsleiter Bürgermeisterbüro
Frau Christine Kaiser	Beratungs- und Prüfungsamt
Herr Patrick Lambrou	Sachgebietsleitung Personalservice
Frau Rebecca Ruhaas	Stellvertretende Leitung
Amt für Verwaltungsmodernisierung	
Frau Christina Schroeder	Stadt Hilden
Frau Giulia Tarentino	

Herr Martin Wiedersprecher
nanzservice

Leiter des Amtes für Fi-

Abwesende Ratsmitglieder

Herr Fred-Harry Frenzel	CDU
Herr Torsten Brehmer	SPD
Herr Kevin Buchner	SPD
Herr Rudolf Joseph	FDP
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	AfD

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

- 1 Bestellung der Schriftführung für den Hauptausschuss der Stadt Hilden
WP 20-25 SV 01/154

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 2 Befangenheitserklärungen
- 3 Organisationsentwicklung und Digitalisierung
- 3.1 Sachstandsbericht Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung
WP 20-25 SV 12/047
- 4 Personalmanagement
- 4.1 Personalmanagement bei der Stadt Hilden - Sachstandsbericht 2023
WP 20-25 SV 10/058
- 4.2 Bericht über den Personalbestand und die Personalkostenentwicklung zum
31.12.2023
WP 20-25 SV 10/059
- 5 Anregungen und Beschwerden
- 5.1 Anregung nach § 24 GO: Defibrillatoren auf allen Etagen im Rathaus
WP 20-25 SV 10/056

5.2 Anregung nach § 24 GO: Umsetzungsübersicht von Beschlüssen der Ratsgremien
WP 20-25 SV 01/155

6 Sonstige Angelegenheiten

6.1 Hebesatzsatzung für das Haushaltsjahr 2024
WP 20-25 SV 20/180

7 Anträge

7.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 12.12.2023 - Keine Erhöhung der Grundsteuer auf 630 Prozentpunkte
WP 20-25 SV 20/177

7.2 Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 12.12.2023 - Mehr demokratische Teilhabe ermöglichen
WP 20-25 SV 01/156

8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse sowie die erschienenen Zuhörer*innen. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

1	Bestellung der Schriftführung für den Hauptausschuss der Stadt Hilden	WP 20-25 SV 01/154
---	---	-----------------------

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss der Stadt Hilden bestellt für die Wahlperiode 2020 - 2025

Frau Giulia Tarentino

zur Schriftführerin

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.

Änderungen zur Tagesordnung

Rm Groß/CDU beantragte, TOP 6.1 und TOP 7.1 von der Tagesordnung abzusetzen, da noch Beratungsbedarf bestehe.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde gab es keine Wortmeldungen.

2 Befangenheitserklärungen

Keine.

3 Organisationsentwicklung und Digitalisierung

3.1	Sachstandsbericht Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung	WP 20-25 SV 12/047
-----	---	-----------------------

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss nahm den Sachstandsbericht zur Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung zur Kenntnis.

4 Personalmanagement

4.1	Personalmanagement bei der Stadt Hilden - Sachstandsbericht 2023	WP 20-25 SV 10/058
-----	--	-----------------------

Rm Münnich/Bündnis 90/Die Grünen erkundigte sich, wie viele Stellen im Kita Bereich trotz Poolstellen aufgrund dauerhafter Ausfälle nicht abgedeckt werden. Sie merkte aber an, dass bei der Durchlaufzeit der Bewerbungen gute Fortschritte gemacht wurden und fragte, ob es Durchschnittswerte geben würde, wie lange ein Bewerbungsprozess dauert.

Herr Lambrou, Sachgebietsleiter Personalservice erklärte, dass es keine Erhebung diesbezüglich gebe. Es sei keine 1:1 Besetzung der vakanten Stellen durch Poolstellen geplant. Die Verwaltung würde sich die Planung der Personalkosten anschauen, bei ausreichendem Budget könnten alle der momentan 12 freien Stellen besetzt werden.

Beigeordnete Wolke-Ertel merkte an, dass das Recruiting bei der Stadt Hilden im Vergleich zu anderen Städten viel schneller ablaufen würde. So würde ein Prozess beispielsweise in Düsseldorf zwischen sechs und acht Monate andauern.

Rm Groß/CDU bemerkte, dass die Vakanzquote im Jahr 2024 auf 5% gestiegen sei. Er fragte, ob damit zu rechnen sei, dass diese Zahl weiter ansteigt.

Herr Lambrou, Sachgebietsleiter Personalservice, erläuterte, dass es sich bei der Vakanzquote um eine rechnerische Größe handele, die aus haushaltspolitischen Gründen angehoben wurde.

Grundsätzlich ist eine Quote von fünf bis sieben Prozent in einer öffentlichen Verwaltung keine Seltenheit. Wünschenswert sei natürlich die Besetzung aller Stellen.

Rm Reimann/Bündnis 90/Die Grünen bedankte sich für die Erläuterung. Sie regte an, dass man die Willkommensbroschüre, welche den neuen Mitarbeiter*innen zugeschickt wird, moderner gestalten könnte. Alternativ fragte sie, ob es möglich sei, mit einem Vorstellungsvideo Werbung für die Stadtverwaltung zu machen, um neue Mitarbeiter*innen zu gewinnen. In diesem könnten sich ja auch die Abteilungen und Vorgesetzten vorstellen und einen Überblick über die Aufgaben geben.

Beigeordnete Wolke-Ertel gab zu, dass die Stadtverwaltung in diesem Punkt noch moderner werden könnte. Tatsächlich sei die Idee des Vorstellungsvideos bereits in Planung.

Der Hauptausschuss nahm den Sachstandsbericht Personalmanagement 2023 zur Kenntnis.

4.2 Bericht über den Personalbestand und die Personalkostenentwicklung zum 31.12.2023	WP 20-25 SV 10/059
---	-----------------------

Rm Gramminger/FDP stellte fest, dass der Personalbestand mit 1.100 Mitarbeiter*innen im Vergleich zu anderen kreisangehörigen Städten erheblich höher sei und fragte, ob es innerhalb des Kreises Vergleichszahlen gebe. Er fragte nach, ob es einen Überblick geben würde, welche Aufgaben freiwillig und welche verpflichtend für die Stadt wären.

Bürgermeister Dr. Pommer erklärte, dass ein Vergleich mit anderen Städten schwierig sei, da es in jeder Stadt andere Besonderheiten gibt die berücksichtigt werden müssen, zum Beispiel gehören die Arbeitskräfte der OGS und des Wertstoffhofes zum eigenen Personal der Stadt. In anderen Städten würden diese Aufgaben durch fremde Firmen übernommen. Daher müssen die Sachkosten verglichen werden.

Rm Gramminger/FDP erklärte, dass seine Fraktion diesbezüglich noch eine Anfrage stellen wird.

Der Hauptausschuss nahm den Bericht über den Personalbestand und die Personalkostenentwicklung zum 31.12.2023 zur Kenntnis.

5 Anregungen und Beschwerden

5.1 Anregung nach § 24 GO: Defibrillatoren auf allen Etagen im Rathaus	WP 20-25 SV 10/056
--	-----------------------

Rm Reffgen/BA erkundigte sich, ob die Verwaltung den Sicherheitsbeauftragten bei der Prüfung eingebunden habe. Herr Lambrou, Sachgebietsleiter Personalservice, antwortete, dass in dem vorliegenden Fall der Sicherheitsbeauftragte nicht befragt wurde, da es hier schwerpunktmäßig um die Sicherheit der Hildener Bürger*innen gehe und nicht um die der Mitarbeitenden.

Rm Reffgen/BA entgegnete, es sei ihm bewusst, dass es für die Beteiligung des Sicherheitsbeauftragten keine gesetzlichen Vorgaben gebe. Da es auch um sicherheitsrelevante Aspekte für die Mitarbeitende und nicht nur für die Bürger*innen gehe, empfehle er weiterhin die Einbindung. Grundsätzlich befürworte seine Fraktion den Verwaltungsvorschlag, einen Defibrillator für das Bürgerhaus anzuschaffen.

Auch Rm Gramminger/FDP befürwortete den Vorschlag der Verwaltung. Hinsichtlich des Einwands von Rm Reffgen/BA gab er zu Bedenken, ob der Sicherheitsbeauftragte tatsächlich die richtige Ansprechperson oder eher die Feuerwehr oder eine andere Institution zuständig sei.

Rm Stöter/SPD merkte an, dass die SPD-Fraktion die Bürgeranregung in der Form ablehne.

Rm Münnich/Bündnis 90/Die Grünen schloss sich ebenfalls dem Verwaltungsvorschlag an und regte an, dass im nächsten Schritt auch geschaut werden müsse, ob in anderen Außenstellen der Stadtverwaltung, wie der Bibliothek und dem Bauhof, ausreichend Defibrillatoren vorhanden seien.

Rm Groß/CDU dankte dem Behindertenbeirat und Seniorenbeirat für die Wachsamkeit. Seine Fraktion möchte dem Verwaltungsvorschlag folgen, da ihm auch aufgefallen sei, dass im Bürgerhaus kein Gerät vorhanden sei. Er stellte für die CDU-Fraktion einen Änderungsantrag, um den Antragstext entsprechend abzuändern.

Antragstext der Anregung nach § 24 GO:

Ist es möglich, auf allen Etagen im Rathaus und in der entsprechenden Nebenstelle (Mittelstraße 40) einen Defibrillator zu installieren.

Dies muss nicht sofort erfolgen, sollte aber eventuell einmal auf eine Liste genommen werden.

Geänderter Antragstext des Hauptausschusses (Änderungsantrag der CDU-Fraktion - Übernahme des Vorschlags aus der Stellungnahme der Verwaltung):

Es wird ein zusätzlicher AED-Defibrillator für das Bürgerhaus angeschafft.

Abstimmungsergebnis über die Anregung nach § 24 GO:

Einstimmig abgelehnt bei einer Enthaltung von Rm Reffgen/BA.

Geänderter Antragstext des Hauptausschusses (Änderungsantrag der CDU-Fraktion - Übernahme des Vorschlags aus der Stellungnahme der Verwaltung):

Einstimmig beschlossen.

5.2 Anregung nach § 24 GO: Umsetzungsübersicht von Beschlüssen
der Ratsgremien

WP 20-25 SV
01/155

Rm Stöter/SPD und Rm Münnich/Bündnis 90/Die Grünen begrüßten die Anregung, die Fraktionen würden gern zustimmen.

Beigeordneter Stuhlträger erläuterte, dass es seit 2016 schon sichergestellt sei, dass alle Beschlüsse in die Beschlusskontrolle eingehen würden. Der Bürgerantrag drehe sich aber um noch offene Berichte vor 2016. Auch Anregungen gemäß §24 GO NRW wären schon Bestandteil der Beschlusskontrolle.

Rm Reffgen/BA sagte, dass er diesen Streit „akademisch“ finden würde. Zwei offene Fälle seien aktenkundig geworden, diesbezüglich wurde nun zu viel Zeit und Papier investiert. Es hätte schon längst erledigt sein können. Seine Fraktion wünscht, dass zukünftig alle Fälle berücksichtigt werden.

Rm Gramminger/FDP sagte, er finde den Ansatz interessant. Jedoch sei der bürokratische Aufwand zu hoch, wenn man sich noch viele Jahre zurückliegende Fälle anschauen würde. Die beiden vorliegenden Fälle sollten jedoch auf jeden Fall mit aufgenommen werden.

Herr Becker, Amtsleitung Bürgermeisterbüro, erklärte die Verwaltung würde sich nicht gegen die Aufnahme sträuben, wenn der Ausschuss oder der Rat die Aufnahme in die Beschlusskontrolle wünschen würde. Dem soll entsprochen werden, es wäre nur wenig sinnig, Fälle aus den letzten Jahrzehnten wieder aufzurollen. Dies würde nur Ressourcen belegen und Zeit in Anspruch nehmen.

Rm Stöter/SPD stimme Herrn Becker zu, die SPD würde diese beiden Maßnahmen als Änderungsantrag aufnehmen.

Beigeordneter Stuhlträger fragte bei Herrn Stöter nach, welche Maßnahmen er meinen würde. Hinter dem Rahmenplan würden ja mehrere Maßnahmen stehen.

Rm Stöter/SPD stellte einen Änderungsantrag, dass die Ziffern eins (Beleuchtung Poststraße) und Ziffer zwei (Fußgängerampel Richrather Str.) auf jeden Fall in die Beschlusskontrolle des Stadtentwicklungsausschusses aufgenommen werden.

Antragstext:

[...]

um zu verhindern, dass beschlossene Maßnahmen in Vergessenheit geraten, rege ich hinsichtlich der Beschlusskontrolle der Ratsgremien an, in die Sachstandsberichte über die Umsetzung politisch initiierten Beschlüsse und beschlossener Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW alle bisher noch nicht abschließend erledigten Maßnahmen aufzunehmen.

In den halbjährlichen Berichten sind Thema/Gegenstand, Termin und Wortlaut des Beschlusses, sowie der konkrete Bearbeitungsstand darzustellen. Als positives Beispiel kann hierbei die Praxis des Kreises Mettmann und der Stadt Langenfeld dienen.

Vorrangig bitte ich in die nächsten Übersichten des Rates und des Stadtentwicklungsausschusses die Bearbeitungsstände folgender unerledigter Beschlüsse aufzunehmen:

1. Rahmenplan "Nördliche Unterstadt"; Hier: Beschluss über den Abschlussbericht - WP 04-09 SV 61/127 -

Der Ratsbeschluss vom 25.4.2007 wurde außer den unter Priorität 1 genannten Maßnahmen bisher noch nicht abschließend umgesetzt. Wann werden die unter Priorität 2 - 4 aufgeführten Projekte verwirklicht?

2. Anregung nach § 24 GO NRW: Fußgängerampel Richrather Straße in Höhe SBahnnhof - WP 14-20 SV 66/099 –

Die am 06.12.2017 getroffene Entscheidung des Stadtentwicklungsausschusses, die bereits 2009 angeordnete Installation der Ampel durch die Stadt Hilden umgehend zu verwirklichen wurde bis heute nicht umgesetzt. Wann ist damit zu rechnen?

Geänderter Antragstext aus der Sitzung des Hauptausschusses am 07.02.2024 (Änderungsantrag der SPD-Fraktion):

Die Beschlusskontrolle des Stadtentwicklungsausschusses wird um folgende zwei Maßnahmen ergänzt:

- Straßenbeleuchtung Poststraße
- Signalanlage Richrather Straße in Höhe der S-Bahn Haltestelle

Abstimmungsergebnis:

Der Bürgerantrag wurde einstimmig abgelehnt.

Geänderter Antragstext des Hauptausschusses (Änderungsantrag der SPD-Fraktion - Übernahme des Vorschlags aus der Stellungnahme der Verwaltung):

Einstimmig beschlossen.

6 Sonstige Angelegenheiten

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt.

7 Anträge

7.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 12.12.2023 - Keine Erhöhung der Grundsteuer auf 630 Prozentpunkte

WP 20-25 SV
20/177

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt.

7.2 Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 12.12.2023 - Mehr demokratische Teilhabe ermöglichen

WP 20-25 SV
01/156

Rm Münnich/Bündnis 90/Die Grünen bedankte sich zu Beginn, dass schon ein großer Teil des Antrags umgesetzt wurde. Sie stellte einen Antrag zu Ziffer b), dass die Stadtverwaltung zu Beginn der Woche einen Post in allen Sozialen Medien erstellt, in welchem ein Link aufgeführt wird über den die Bürger*innen zu den Sitzungsunterlagen gelangen.

Hr. Becker, Amtsleitung Bürgermeisterbüro, führte aus, dass dies auf Instagram zum Beispiel nicht möglich sei.

Dem entgegnete Rm Reimann/Bündnis 90/Die Grünen, dass man problemlos einen Link in den Kommentaren einfügen könnte.

Rm Groß/CDU stellte fest, dass dies auf Facebook und auf der städtischen Homepage schon gut funktionieren würde. Seine Fraktion würde dem Antrag zustimmen, um sicherzustellen, dass von nun an immer in allen Portalen ein Link beigefügt wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.

8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

a) Bürgermeister Dr. Pommer berichtete von einem Treffen mit der GFO, um die aktuelle Situation der Notaufnahme im Krankenhaus Hilden zu besprechen.

Viele Notaufnahmen im Kreisgebiet sind überfüllt, manche Rettungswagen mussten in Kliniken nach Düsseldorf oder Wuppertal ausweichen.

Mittlerweile habe es deutliche Verbesserungen im Bereich Personal und der Abläufe gegeben, es wurde auch über die Ausbildung zum Notfallsanitäter gesprochen, die Auszubildenden sollten auch teilweise im Krankenhaus arbeiten und die Auszubildenden aus den Krankenhäusern einmal im Notdienst.

Der GFO habe angeboten, im Rat detaillierter über die Krankenhausentwicklung zu sprechen. Ein Termin sei in Planung.

b) Des Weiteren führte Bürgermeister Dr. Pommer aus, dass sich die Stadt mit dem neuen Vorstand der Stadtmarketing e.V. getroffen habe. Dabei wurde bereits über Strukturen und Projekte sowie die zukünftige Zusammenarbeit gesprochen.

Ein Treffen zur weiteren Planung soll schnell einberufen werden, ein zweites zum Thema „Weihnachten“ soll darauffolgen. Mehr Informationen werden dann in der nächsten Sitzung des Wirt-

schafts- und Wohnungsbauförderungsausschusses erläutert, in der Ratssitzung am 13.03.2024 soll die Zuständigkeitsordnung geändert werden.

Herr Becker, Amtsleitung Bürgermeisterbüro ergänzte, dass es bis jetzt kein Geld oder Personal für die Tätigkeiten des Stadtmarketings gebe.

c) Herr Becker bat die Fraktionen um Benennung der Teilnehmer*innen für die Delegation nach Nové Město. Diese findet vom 09.-12.05.2024 statt, wenn möglich sollten die Fraktionen Namen der Personen mitteilen.

Rm Gramminger/FDP bat um eine E-Mail mit den Eckdaten an die Fraktionen als Erinnerung an die Fahrt.

d) Herr Becker führte aus, dass die Verwaltung für die Durchführung eines Spielefestes in Nové Město Fördergelder beim Land NRW im Rahmen des „Europa-Schecks“ beantragt habe. Das Land teilte jedoch schon mit, dass man nicht mit Mitteln rechnen sollte, da das Konzept zwar gut sei, es jedoch noch sehr viele andere interessante Anmeldungen geben würde. Daher wird wohl ein Ablehnungsbescheid folgen.

e) Weiter führte er aus, dass die Anträge von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen die für den Stadtentwicklungsausschuss eingebracht wurden laut der Zuständigkeitsordnung dem Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss zugewiesen werden.

9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Es gingen keine Anfragen oder Anträge ein.

Ende der Sitzung: 17:50 Uhr

Dr. Claus Pommer / Datum
Vorsitzender

Giulia Tarentino / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Roland Becker / Datum
Amtsleiter Bürgermeisterbüro